

Pressemitteilung

Betroffene Anlieger des Bauvorhabens Knoten B14

22.Juni 2010

B 14 – Knoten gefährdet Existenzen

In einer Versammlung brachten die betroffenen landwirtschaftlichen Grundstückseigentümer, Pächter und der gastronomische Betrieb/Hotel ihr Unverständnis über das Festhalten des Staatlichen Bauamtes an dem Knotenpunkt B14 zum Ausdruck. Die Planungen mit 2 Kreisverkehren und der Unterführung durch die B14 entspricht vielleicht einer Flughafenanbindung oder eines Autobahnkreuzes, aber nicht einer wirtschaftlichen sinnvollen Lösung in der Anbindung einer US – Siedlung und der Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Es ist unverständlich wie hier mit Steuergeldern von mehreren Mio. € und Zerstörung der landwirtschaftlichen Infrastruktur umgegangen wird. Auch nimmt man überhaupt keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen der Landwirtschaft und dem angesiedelten gastronomischen Betrieb. Man nimmt in Kauf, dass ggf. Existenzen durch diese Maßnahme zerstört werden..

Das Bauvorhaben hat einen Flächenverbrauch von 54.500 qm, dazu kommen noch 39.600 qm, die für die Übergangszeit bauseitig für Erdablagerungen, etc. in Anspruch genommen werden sollen.

Neben den gigantischen Bausummen ergeben sich dauerhafte Eingriffe in den Grundwasserhaushalt und Zerstörung von Tier- und Pflanzenreich. Außerdem würde sich im Planungsgebiet bei einer Realisierung des Vorhabens deutlich mehr Verkehr von der B14 auf das untergeordnete Straßennetz verlagern, z. B. nach Pfaffengreuth. Wie bekannt ist dort eine 30 km – Zone mit dichter Bebauung, Kindergarten u.s.w.

Pressemitteilung

Betroffene Anlieger des Bauvorhabens Knoten B14

„Es wird deutlich, dass Institutionen wie das staatliche Bauamt, wenn Sie mal geplant haben, keinerlei Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen und (vielleicht) durch bürokratische Zwänge und entsprechende Scheinargumente das Vorhaben durchdrücken wollen.

So gestaltet man keine zielführende Zukunft - Infrastruktur für Ansbach. Auch ist es dem Anliegerkreis unverständlich, dass der Stadtrat dieses Monster abgesegnet hat.

Die betroffenen Anlieger werden zu 100% das Planstellungsverfahren schriftlich ablehnen, darüber hinaus wollen sich die Betroffenen an den Bundesrechnungshof wenden, um deutlich zu machen, wie man hier mit vermeidbaren Steuergeldern umgeht. Auch wird man sich an alle hiesigen Bundes- und Landtags- Abgeordneten, an den Bund Naturschutz, wenden, um auch über diese Stellen, den Druck auf die Baubehörden zu verstärken.